

Susanne Worch

(K)eine Meinung in Europa

Öffentlichkeit als Voraussetzung zur Legitimierung des europäischen Einigungsprozesses

Diplomarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2006 GRIN Verlag
ISBN: 9783640465422

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/138471>

Susanne Worch

(K)eine Meinung in Europa

**Öffentlichkeit als Voraussetzung zur Legitimierung des europäischen
Einigungsprozesses**

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

"(K)EINE MEINUNG IN EUROPA"
**Öffentlichkeit als Voraussetzung zur Legitimierung des
europäischen Einigungsprozesses**

Diplomarbeit
im Internationalen Studiengang Fachjournalistik
der Hochschule Bremen
vorgelegt von
Susanne Worch
Bremen 2006

Susanne Worch

Beginn der Bearbeitungszeit: 1. Juni 2006
Abgabe der Arbeit: 28. August 2006

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einführung.....	1
1.1 Das Problem: Die EU zwischen Legitimations- und Öffentlichkeitsdefizit	1
1.2 Die Vorgehensweise: Menschen, Medien und Öffentlichkeit in Europa..	3
1.3 Der Forschungsstand: Die Empirie europapolitischer Kommunikation..	4
1.3.1 Die Skeptiker.....	5
1.3.2 Die Liberalen.....	6
1.3.3 Die Optimisten.....	7
1.3.4 Zusammenfassung der Meinungen und Modelle.....	8
1.4 Definitionen zentraler Begriffe.....	9
1.4.1 Öffentlichkeit.....	9
1.4.2 Europäische Öffentlichkeit.....	9
1.4.3 Das Demokratiedefizit der Europäischen Union.....	10
1.4.4 Öffentliche Meinung.....	10
1.4.5 Legitimierung.....	11
2. Europäische Öffentlichkeit – Wunsch und Wirklichkeit.....	12
2.1 Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit	12
a) soziokulturelle Faktoren.....	12
b) ökonomische Faktoren.....	14
c) institutionelle Faktoren.....	15
d) medienspezifische Faktoren.....	17
2.2 Chancen für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit.....	21
2.3 Die Rolle der Medien bei der Entstehung von öffentlicher Meinung.....	24
2.3.1 Massenmedien als Vermittler europäischer Politik.....	25
2.3.2 Massenmedien als Publizist europäischer Politik.....	26
2.3.3 Massenmedien als Organisator der Selbstbeschreibung europäischer Gesellschaft.....	28
2.3.4 Massenmedien als Übersetzer und Aufklärer.....	29
3. Europäische Bürger – Ein gescheitertes Konzept.....	30
3.1 Konzepte bürgernaher Politik.....	31
3.2 Non, Nee und No – Absagen für Europa.....	32
3.2.1 Die Antwort war „Nein“, doch was war die Frage? – Gründe für das Scheitern.....	33
3.2.2 Reaktionen auf die Referenden und die Bedeutung der Bürgerentscheide.....	36
3.3. Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union.....	37
3.3.1 Neue Kommunikationsstrategien der Europäischen Kommission.....	39
3.3.1.1 Der Aktionsplan zur Verbesserung der Kommissionsarbeit.....	39
3.3.1.2 Der Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion.....	40
3.3.1.3 Das Weißbuch zur Kommunikationspolitik.....	41
3.4 Die Bewertung der Pläne und ihre Bedeutung für das Europa der Bürger	43
3.5 Öffentlichkeit durch Internet?.....	49
4. Europäische Medien – Ökonomie versus Kultur.....	54
4.1 Europäische Medienpolitik.....	57
4.1.1 Fernsehen ohne Grenzen – Die EU-Fernsehrichtlinie.....	58
4.1.1.1 Die neue „Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste“.....	59
4.1.1.2 Regulierungen mithilfe des Wettbewerbsrechts.....	61
4.1.2 Inhalte ohne Grenzen? – Regelungen für das Internet.....	62

4.1.3 Subventionen ohne Grenzen – Für das kulturelle Überleben Europas..	64
4.2 Europa TV, The European & Co. – Aufstieg und Fall transnationaler Medien.....	65
4.3 Risiken auf dem Medienmarkt und Chancen transnationaler Medien.....	68
5. Quo vadis, Europa? – Zusammenfassung und Ausblick.....	70
Anlagen	
I) Sendungsskript „MONITOR“ vom 27.4.2006.....	77
II) Sendungsskript „PANORAMA“ vom 12.5.2005.....	79
III) Anteil der Werbeeinnahmen am Budget der europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunksender im Jahr 2000.....	82
Literaturverzeichnis	

1. Einführung

1.1 Das Problem: Die EU zwischen Legitimations- und Öffentlichkeitsdefizit

Als vor dem Irakkrieg im Jahr 2003 in allen Ländern Europas gegen George Bush und seine Politik demonstriert wurde, war für eine kurze Zeit zu erkennen, was gemeint sein könnte mit der vielzitierten und hinlänglich vermissten europäischen Öffentlichkeit. Über Ländergrenzen hinweg wurde mit- und übereinander diskutiert und sogar gleichzeitig demonstriert – gegen ein und dieselbe Sache, nämlich den Krieg im Irak.

Eine Gruppe Intellektueller nahm diese Massenproteste zum Anlass, um in den europäischen Qualitätszeitungen eine neugeborene gemeinsame Öffentlichkeit zu feiern. Auf Initiative von Jürgen Habermas diskutierten Adolf Muschg in der Neuen Zürcher Zeitung, Umberto Eco in La Repubblica, Gianni Vattimo in La Stampa, Fernando Savater in El País, Richard Rorty in der Süddeutschen Zeitung sowie Jacques Derrida und Jürgen Habermas sowohl in Libération als auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) über die Veränderung des geopolitischen Gleichgewichts nach dem Irakkrieg. Habermas und Derrida schrieben Ende Mai 2003 in der FAZ von einem historischen Moment, nämlich dem 15. Februar 2003, „als die demonstrierenden Massen in London und Rom, Madrid und Barcelona, Berlin und Paris auf diesen Handstreich reagierten¹. Die Gleichzeitigkeit dieser überwältigenden Demonstrationen (...) könnte rückblickend als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen“.²

Dieser Versuch, eine grenzüberschreitende und vielsprachige Debatte über die Identität Europas und die Perspektiven der Europäischen Union (EU) anzustoßen, war verdienstvoll. Doch ähnlich wie die von Joschka Fischer mittels seiner „Quo Vadis“-Rede an der Berliner Humboldt Universität³ angezettelte Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union, verdeutlicht er, dass Europa in einer Elitenbeziehungsweise Expertenöffentlichkeit verharret. Das Ganze war eher eine Art Diskursfeuerwerk als die transnationale Debatte, die sich Habermas damals vorstellte. Eine europäische Öffentlichkeit der Massen ist dadurch nicht entstanden. Denn genau an Debatte und Teilnahme mangelt es in den Mitgliedsländern. Das belegt unter anderem die überdurchschnittlich niedrige

¹ Anm.: Gemeint sind die Loyalitätsbekundungen einiger europäische Regierungen gegenüber Bushs Kriegserklärung an den Irak.

² Derrida, Jaques und Habermas, Jürgen (2003): Unsere Erneuerung. In: FAZ vom 31.05.2003.

³ Anm.: Joschka Fischer hielt am 12. Mai 2000 an der Berliner Humboldt Universität eine vielbeachtete Rede mit dem Titel „Vom Staatenverbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“. Nachzulesen unter:
<http://www.joschka.de/reden.772.0.html?&expand=1447&cHash=898820a74e> [Abruf: 10.06.2006].

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen im Juni 2004. 342 Millionen Bürger waren aufgerufen, das Europäische Parlament zusammenzustellen. Nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten beteiligte sich, in den zehn neuen Beitrittsländern war es gar nur knapp ein Drittel. Auch dem Verfassungskonvent gelang es nicht, das Interesse der nationalen Massenöffentlichkeiten zu gewinnen. Die regelmäßig von der EU durchgeführte Eurobarometer-Studie vom Frühjahr 2003 zeigte, dass nur 30 Prozent der europäischen Bürger überhaupt schon einmal von diesem Gremium gehört hatten.⁴

Die Europäer sind nicht nur schlecht informiert über die Institutionen der EU, sie fühlen sich vor allem machtlos gegenüber den Regierenden im fernen Brüssel. Die Entscheidungsmechanismen der EU erscheinen ihnen als „eine recht undurchsichtige Gemengelage, die von verwinkelten Schachzügen zwischen den drei Machtzentren [Kommission, Parlament, Rat] geprägt ist – die sich gegenseitig kontrollieren sollen und die sich überdies blockieren können.“⁵ Joschka Fischer formulierte das Legitimitäts- und Öffentlichkeitsdefizit in seiner Rede an der Humboldt Universität noch drastischer: Die EU gelte „als eine bürokratische Veranstaltung einer seelen- und gesichtslosen Eurokratie in Brüssel und bestenfalls als langweilig, schlimmstenfalls aber als gefährlich.“⁶

Zwar hat sich bei den Bürgern dank europäischer Erscheinungen wie dem Schengener Abkommen, der Einführung des Euro, dem europäischen Pass oder zahlreicher Schüler- und Studentenaustauschprogramme ein Bewusstsein für Europa und den europäischen Einigungsprozess gebildet; die Relevanz der EU im täglichen Leben ist jedoch noch nicht in den Köpfen angekommen. So resümiert Leonard Novy:

„Ihre Relevanz im Alltag wird nicht erfasst; ihre Entscheidungen scheinen geradewegs aus dem Nichts zu kommen; was über sie bekannt ist, geht an den Bedürfnissen der Bürger vorbei und ruft nicht selten Protest hervor. Insgesamt wird die EU als eine vorwiegend die Binnenmarktintegration betreffende Angelegenheit zwischen Staaten verstanden, aber nicht selbst als Gemeinwesen, das die Möglichkeit und Notwendigkeit der Teilhabe und Identifikation mit sich bringt.“⁷

Betrachtet man all diese Kommentare, mag es kaum noch verwundern, dass die Referenden über den europäischen Verfassungsvertrag im vergangenen Jahr in zwei Ländern gescheitert sind. Und das nicht etwa in zwei osteuropäischen, jungen Beitrittsstaaten, wo die Skepsis gegenüber einer Machtabgabe an Brüssel erfahrungsgemäß höher ist als andernorts. Mit dem „Non“ aus Frankreich und dem

⁴ Eurobarometer 59, Ausgabe Juli 2003.

⁵ Sattler, Karl-Otto (2004): Magische Kräfte im Europäischen Haus.

⁶ siehe Fußnote 3.

⁷ Novy, Leonard (2004: 6).

„Nee“ aus den Niederlanden entschieden sich zwei Gründungsmitglieder der EU gegen eine gemeinsame Verfassung und versetzten dem Jahrzehnte andauernden Einigungsprozess vorzeitig ein abruptes Ende. Das Verfassungsprojekt ist seit dem zwar nicht zu den Akten, zumindest aber vorerst auf Eis gelegt. Die EU hatte sich auf eine Denkpause geeinigt, die klären sollte, wie nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags weiter vorgegangen werden sollte. Gut ein Jahr nach der Ablehnung, am 27. Mai 2006, trafen sich die EU-Außenminister im Stift Klosterneuburg bei Wien und verkündeten, dass es gelungen sei, „wieder Schwung in die Zukunftsdebatte der EU zu bringen, die Redehemmung ist vorbei“⁸. Konkret bedeutet dies aber, dass bis zum Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 nicht am Verfassungsprojekt gearbeitet wird und ein Inkrafttreten damit nicht vor 2009 möglich ist. Bis dahin gelte es, die EU-Bürger zu mobilisieren und für das Vorhaben zu begeistern.⁹

1.2 Die Vorgehensweise: Menschen, Medien und Öffentlichkeit in Europa

Es kommt nicht überraschend, dass sich die Politik nach den gescheiterten Referenden nun auf die Bürger konzentriert. Denn dass es der EU an Öffentlichkeit mangelt, wissen die Entscheider in Brüssel nicht erst seit den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Bereits 1996 bekräftigte die EU den Wunsch nach einer stärkeren Integration der Bürger und berücksichtigte in ihrem Jahresprogramm den „Aufbau eines Europas der Bürger unter besonderer Betonung bürgernaher Politiken, die dazu beitragen, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft zu stärken“¹⁰. Was seitdem auf EU-Ebene unternommen wurde und welcher Voraussetzungen es bedarf, um den europäischen Einigungsprozess fortzusetzen beziehungsweise neu zu legitimieren, ist das Thema dieser Arbeit.

Nachdem noch in der Einführung der aktuelle Forschungsstand um die Debatte eines europäischen Öffentlichkeitsdefizits zusammengefasst wird, folgt unter Punkt zwei ein intensiverer Einblick in die europäische Öffentlichkeit. Es soll geklärt werden, welche Rolle die Massenmedien bei ihrer Herausbildung spielen und an welchen Schwierigkeiten diese bisher gescheitert ist. Dabei wird auf Probleme technischer, ökonomischer, soziokultureller und vor allem medienspezifischer Art eingegangen. Im Folgenden werden zwei Bestandteile einer

⁸ Zitat der österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik in: Frankfurter Rundschau vom 28.05.2006.

⁹ Vgl.ebd.

¹⁰ Vgl. Bulletin EU 1/2-1996 [1.10.10.], <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9601/p110010.htm>.